Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1288.

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 236 | Dresden, Mittwoch den 8. Oktober 1924 | 35. Jahrg.

Friedensgedanke und Reaktion

Von Paul Löbe

Am Montag abend fanden in Potsdam mehrere Versammlungen statt, die von pazifistischen Organisationen einberufen waren und zu mächtigen Kundgebungen für Frieden und Freiheit wurden. Es sprachen außer Genossen Paul Löbe noch zwei französische Gäste: Fernand Buisson und Professor Viktor Basch, dem Helds Regierung in Bayern das Reden verboten hatte. Die reaktionären Verbände Berlins hatten geschworen, daß die beiden Franzosen im heiligen Potsdam nicht reden sollten. Wie die Kundgebungen verliefen, darüber berichtet Genosse Löbe in folgendem Artikel.

Potsdam ist zu einer glänzenden Feuerprobe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold geworden. Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, Vereinigte Vaterländische Verbände und selbst die Deutschnationale Volkspartei hatten dem Banner einen Waffengang angeboten, von dem man nicht recht wußte, ob er mit geistigen oder mit körperlichen Waffen ausgefochten werden sollte, trotz dem pazifistischen Anlaß, an dem der Streit sich entzündete. Als der friedensfreundliche Pariser Professor Basch als Redner für Potsdam angekündigt wurde, rückten die Getreuen, die nie davon erfahren, daß der Alte Fritz im Schlosse Sanssouci nur französisch gesprochen hat, mit starken Sprüchen und grimmigen Drohungen an. „Der Stahlhelm wird diesen Schlag gegen deutsche Ehre hier in Potsdam nicht zulassen", so lautete die erste Ankündigung. „Es geht um Potsdams Namen. Wir werden den Weg finden, um am Montag diese unerhörte Beleidigung abzuwehren", fügten die Vaterländischen Verbände stolz hinzu. „Wir erheben gegen solche Frechheit Protest", meinte der Jungdeutsche Orden. Und die Deutschnationale Volkspartei schloß sich drohend an: „Es ist vaterländische Pflicht, diese Verhöhnung in Potsdam nicht zuzulassen."

Montag abend sollten wir geschlachtet werden, am Sonntag drang die Kunde davon erst nach Berlin, für die Mobilisation der Abwehr war also nicht mehr viel Zeit übrig. Trotzdem hieß es sofort: Reichsbannerleute vor die Front! Und von Montag nachmittag 5 Uhr an rollten von den verschiedenen Bahnhöfen Berlins aus die Trupps nach Potsdam. Das Banner Schöneberg nahm 6,15 Uhr nachmittags den bedrohten Redner und den Schreiber dieser Zeilen in seine Mitte und traf gegen 7 Uhr am Bahnhof Potsdam ein, wo andre Abteilungen aus Berlin und die neugegründete Potsdamer Gruppe selbst Bahnhofsdienst eingerichtet hatten. Unter starker Bedeckung, aber in losen Gruppen, um die polizeiliche Abwehr gegen etwaige Ruhestörer nicht zu erschweren, durchzogen wir die Stadt von einem Ende zum andern. Jeder sah das große Aufgebot, jeder erkannte an den schwarzrotgoldenen Kokarden und Armbinden seinen Charakter. Jeder mußte wissen, um wen es sich handelt. Aber kein Wort wurde laut, keine Hand erhob sich. In langen Spalieren standen die Reichsbannermannschaften vor dem Gewerkschaftshaus und einem zweiten Lokale, diszipliniert, ohne Aufregung, eine Mauer um den gefährdeten Versammlungsort. Unbehelligt zogen wir alle ein, auch der 83jährige Buisson, der von wenigen Bannerleuten begleitet war.

Inzwischen entwickelte sich der „Feind". Ich kann keine Garantie übernehmen, hörte aber aus polizeilichem Munde, daß ganze 35 Berliner Stahlhelme zur Unterstützung angerückt waren. Etwa das Zehnfache betrug die Zahl der einheimischen Krieger, die sich zu dem verschwiegenen „Appell am grünen Gitter" eingefunden hatten. Zu ihnen gesellten sich, als sie nach unserm Versammlungslokal marschierten, etwa 2000 nationalistische Sympathiker, die um das Gewerkschaftshaus Aufstellung nahmen. Hier trafen sie auf die Rotten des Reichsbanners und starke Patrouillen der Schutzpolizei. Da Stahlhelm und Werwolf aber nur gefährlich sind, wenn gerade kein Gegner da ist, verlegten sie sich auf gemäßigtere Angriffsformen. Sie mögen trotz ihrer antisemitischen Herkunft wohl an die Geschichte Judas und an die Mauern Jerichos gedacht haben, denn sie fingen zu singen an. Während drin Basch unter stürmischem Beifall seine feurige Rede hielt, versuchten sie durch die „Wacht am Rhein" und den „Siegerkranz" die Mauern des Gewerkschaftshauses zum Wanken zu bringen. Als das nicht gelang, ließen sie rund herum etwas fallen, was neuerdings zu den ritterlichsten Waffen unsrer Gegner geworden zu sein scheint, nämlich Stinkbomben. Im Saale hat man davon nichts gemerkt. Die Demonstranten selbst und leider auch die Polizeibeamten mußten es empfinden, in wie schlechten Geruch Potsdam gebracht wurde. Damit war aber auch die Tapferkeit der Angreifer erschöpft. Ein Wort der Anerkennung verdient die Polizei, die geschickt und taktvoll ihre Aufgabe erledigte. Sie half die Versammlung sichern und sorgte mit dafür, daß ein Angriff auf den fremden Gast unmöglich wurde, der natürlich sehr verhängnisvolle Folgen hätte haben müssen.

Als der Zweck der Versammlung erfüllt war, rückten Zug um Zug die Reichsbannerleute ab. Sie sorgten durch ihre Haltung dafür, daß es in der tiefen Dunkelheit der Straßen nicht zu einer ungewollten Reibung mit der Polizei kam, die natürlich Mühe hatte, unter den vielen uniformierten Menschen diejenigen auseinanderzuhalten, die stören wollten, und die andern, die die Störung zu verhindern trachteten. Mit dem letzten Glied, das den Bahnhof betrat, rückte die Führerschaft des Reichsbanners erst ab. Sie hatte die Gewißheit, daß sie dem Gesetze der Republik und der Freiheit der Rede Respekt verschaffen half, ohne daß sich der geringste Zwischenfall ereignete. Die rasche Mobilisation, das disziplinierte Auftreten und die frohe Begeisterung der Bannerleute legten glänzendes Zeugnis ab dafür, was in den zehn Monaten seiner Existenz erreicht wurde.

Mit einer Träne im Knopfloch klagt am andern Morgen der Berliner Lokalanzeiger: „Das konnte passieren! Ein Franzose hat in Potsdam über die Kriegsschuld gesprochen! Man stapft voller Scham durch das Dunkle." Wir wissen euern Schmerz zu würdigen.

•

Potsdam und die Volkspartei

Die volksparteilichen Abgeordneten Buchorn, Hollmann und Held haben im preußischen Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht:

„Das Auftreten des französischen Pazifisten Basch hat auf weite Kreise des preußischen Volkes wie eine Herausforderung gewirkt, denn Potsdam ist mehr als jede andre Stadt eine Art nationales Heiligtum, von dem aus Preußens Aufstieg in die Welt begonnen hat. Dort in dieser Zeit, da die Geister von hüben und drüben begreiflicherweise noch gegeneinander stehen, einen Franzosen sprechen zu lassen, bezeugt einen bedauerlichen Mangel an Verständnis aller an dieser Veranstaltung Beteiligten für die seelische Einstellung unsres Volkes. Ist das Staatsministerium dazu bereit, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß das preußisch-deutsche Nationalempfinden durch derartige Herausforderungen nicht unnötig wieder verletzt wird?"

Hoffentlich erteilt das Preußische Staatsministerium diesen Volksparteilern, die nichts Eiligeres zu tun hatten, als ihren deutschnationalen Gesinnungsfreunden den Rang abzulaufen, umgehend die gebührende Antwort: daß auch Potsdam kein Anrecht darauf hat, ausschließliches Paradefeld der Hakenkreuzler und Stahlhelmler zu sein.

•

Basch an die Stahlhelmler

Der französische Professor Victor Basch, der am Montag in Potsdam gesprochen hat, richtet an die Vorsitzenden der Vaterländischen Verbände des „Stahlhelms", des „Bismarck-Bundes" usw. einen Offenen Brief, in dem er sie zu einer öffentlichen Diskussion in einem Berliner Saale einlädt. „Wir würden so beweisen, daß es selbst den ausgesprochensten Gegnern möglich ist, mit Ruhe und Vernunft die heikelsten Fragen zu erörtern." Auf die Antwort kann Prof. Basch lange warten. Er kennt die deutschen Hakenkreuzler noch zu wenig, wenn er annimmt, daß sie mit Ruhe und Vernunft diskutieren können. Sie haben weder Ruhe noch Vernunft, sondern nur ein übergroßes freches Maul, Gummiknüppel und Revolver als Argumente.

•

Der „dumme August"

Die deutschen Moskauer werden immer zum dummen August für die Reaktion, die sich über den Tölpel freut, der so tut, als ob er den ganzen Laden zusammenhaut. Doch selten hat sich die völlige Geistesverwandtschaft der Kommunisten und der Deutschvölkischen so kraß offenbart wie anläßlich der vorgestrigen Veranstaltung der Liga für Menschenrechte in Potsdam. In der Roten Fahne wurde ganz im Stil der „Vaterländischen Verbände" gegen Prof. Basch gehetzt, der als „Agent des französischen Imperialismus" beschimpft wurde. Ebenso hetzte das Kommunistenblatt gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das nach dem Vorbild der Deutschen Tageszeitung als Rollet-Garde bezeichnet wurde. Dies alles wurde in einem Augenblick geschrieben, wo die „Vaterländischen" zu einer Kraftprobe in Potsdam rüsteten und auch der kommunistische „dumme August" hätte einsehen müssen, daß alles darauf ankam, den frechen Vorstoß der Nationalisten zurückzuweisen. Die Kommunisten jedoch zogen es vor, den Völkischen zu Hilfe zu eilen, getreu ihrem Prinzip, der Reaktion die Steigbügel zu halten.

Heute ist die Rote Fahne genau so enttäuscht über den Erfolg der Friedenskundgebung in Potsdam wie ihre deutschnationalen Bundesgenossen und sucht ihrem Aerger durch erneutes Schimpfen auf Prof. Basch und auf das „Reichsbanner Rollet" Luft zu machen. Es genügt wohl, wenn wir diese neueste Leistung des dummen August niedriger hängen!

•

Das Redeverbot für Basch in Bayern

München, 7. Oktober. Zu einer Erklärung des Professors Basch, daß er trotz dem Verbote der bayerischen Staatsregierung auch in Nürnberg sprechen werde, erfährt die Telegraphen-Union von zuständiger bayerischer Stelle, daß zwar die Versammlung der Liga für Menschenrechte in Nürnberg nicht verboten, aber dem Professor Basch unter keinen Umständen erlaubt ist, in Nürnberg öffentlich aufzutreten und zu sprechen. Dem französischen Professor stehe es lediglich frei, als Privatmann nach Nürnberg zu fahren.

Macdonald gegen deutsche Unternehmertaktik

Parteitag der Arbeiterpartei

S. London, 7. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Der Parteitag der Labour Party wurde am Dienstag in Anwesenheit des gesamten Kabinetts und einer Reihe ausländischer Gäste, darunter Bernstein und Kautsky, von Macdonald, der unter stürmischem Beifall zum Vorsitzenden gewählt wurde, eröffnet. Für die deutsche Arbeiterschaft sind folgende Worte seiner Eröffnungsrede von besonderer Bedeutung: Es sei zu hoffen, daß der Sachverständigenplan mit seiner Kontrollmaschinerie Europa zur Vernunft zurückbringen werde. Die Methode, Deutschland zu strafen, hat zwar Deutschlands Bedeutung als Konkurrent vermindert, dadurch aber England geschwächt. Wir müssen uns mit Deutschland als Konkurrenten abfinden. Auf eines müsse besonders aufmerksam gemacht werden: **die deutschen Unternehmer benutzen die Notwendigkeit, Reparationen zu zahlen, als Vorwand, auf die Löhne zu drücken, die Arbeitsstunden zu verlängern und die Ausbeutung der deutschen Arbeiterschaft zu verstärken.** Das sei keine der notwendigen Folgen der Reparation. Macdonald hofft, daß die Arbeiterschaft andrer Länder nicht auf den Leim gehen und **dieser typisch kapitalistischen Ausrede für die Unterdrückung der deutschen Arbeiterschaft keine moralische Unterstützung gewähren werde. Die gesamte Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt sei moralisch verpflichtet, den Kampf der deutschen Gewerkschaften um das im Gefolge der Ruhrbesetzung und der Mieumverträge verlorene Terrain zu unterstützen. Die niedrige Lebenshaltung in Deutschland sei nicht nur eine Bedrohung für Zentraleuropa, sondern für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in allen übrigen Ländern.**

Die Arbeiterregierung kapituliert nicht

In schärfsten Worten wendete sich Macdonald gegen den Parteikommunismus. Niemals sei es der Arbeiterbewegung notwendiger gewesen, die Stimme der Demokratie zu erheben. **Die Arbeiter müßten mit allen Mitteln gegen die Methoden der Diktatur, der Verschwörungen und der Gewaltanwendung kämpfen.** Der Parteikommunismus sei ein Produkt des Zarismus und der Kriegsmentalität. Zum Schluß wandte sich Macdonald der gegenwärtigen politischen Situation zu. Er nannte den liberalen Antrag im Parlament (zur Campbell-Affäre) eine Beschimpfung, den ganzen Vorgang ein parteitaktisches Manöver, die Regierung zu kompromittieren. **Die Regierung werde nicht kapitulieren.** Komme es zu Wahlen, so treffe die Verantwortung andre. Die Wahlen sollten denen Antwort bringen, die die Parteitaktik über die Interessen der Nation gestellt hätten.

Macdonald führte weiter aus: Ich bin der Meinung, die Regierung der Arbeiterpartei wird auf die analogen Bewegungen der politischen Auffassungen in der ganzen Welt ermutigend wirken. Wir geben uns zwar nicht der Hoffnung hin, eine neue Welt hervorzuzaubern, hoffen aber doch, daß die alte Welt sich den neuen schöpferischen Gedanken zugänglich zeigen werde. Ich bin der Meinung, daß wir Erfolge haben. Zum Teil war zwar die Tätigkeit der Arbeiterregierung, zum Beispiel in der Arbeitslosenfrage, nur ein Flickwerk. Die Arbeitslosigkeit konnte bisher nicht beseitigt werden. Aber keine Regierung tat bisher mehr für die Unterstützung der Arbeitslosen als die Arbeiterregierung. Der nächste Haushalt, den die Arbeiterpartei vorlegen werde, werde das im letzten Haushalt begonnene gute Werk fortsetzen. Hierin besteht vielleicht die wahre Erklärung für die Schwierigkeiten, worin sich die Regierung gegenwärtig befinde. Das zweite Budget, das die Regierung vorlegen werde, werde den beiden andern Parteien gefährlich werden.

Macdonald erklärte zum Schluß, daß die Arbeiterpartei, seitdem sie ans Ruder gelangt sei, das Opfer einer unwürdigen Politik der Liberalen gewesen sei. Jetzt sei die Zeit gekommen, diesen Versuchen einen entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen. Der konservative Mißtrauensantrag ist der Auftakt zum ehrlichen Kampf, der liberale Zusatzantrag ist von dem Geist mittelalterlicher Gemeinheit und Lust an der Folter eingegeben. Wir sollen vor der öffentlichen Meinung diskreditiert werden; wir sollen wie ein kleiner Bankbeamter, den man der Unterschlagung beschuldigt, suspendiert werden, bis ein Ausschuß unsrer politischen Gegner über uns das Urteil spricht. Ich weiß, daß das Dokument, in dem wir verurteilt werden sollen, und das man unmittelbar vor den Wahlen über den russischen Vertrag zu veröffentlichen gedachte, bereits jetzt aufgesetzt ist, noch ehe die Kommission gebildet worden ist. **Wir werden den Kampf aufnehmen, um der Regierung die Würde zu wahren, deren sie bedarf, um ihre Innen- und Außenpolitik durchzuführen.**

In einer einstimmig angenommenen Resolution sprach der Kongreß Macdonald und seiner Regierung das vollste Vertrauen aus. Er verspricht im Namen der organisierten Arbeiterschaft, dem Premierminister und der Arbeiterfraktion des Unterhauses seine vollste Unterstützung im Kampf gegen die gegenwärtigen parlamentarischen Intrigen und im eventuellen Wahlkampf alles daran zu setzen, um die Fortsetzung der Politik der Arbeiterregierung zu ermöglichen.

Reiner Tisch mit dem Parteikommunismus

S. London, 7. Oktober. (Eig. Drahtb.) Der Kongreß der Arbeiterpartei hat dem Antrag auf Aufnahme der Kommunistischen Partei in die Arbeiterpartei mit über 3 Millionen Stimmen gegen 90 000 abgelehnt. Mit ebenso großer Mehrheit hat er ausgesprochen, daß Kommunisten, die Mitglied der Arbeiterpartei sind, nicht als Kandidaten der Arbeiterpartei aufgestellt werden können.

•

Der König verweigert Neuwahlen?

S. London, 7. Oktober. (Eig. Drahtb.) Es ist bekannt, daß sowohl von liberaler wie konservativer Seite der König seit einiger Zeit beeinflußt wird, im Falle einer Niederlage des Kabinetts das Ersuchen Macdonalds um Auflösung des Parlaments abzulehnen. Diese Einflüsse scheinen nun Erfolg gehabt zu haben. Am Dienstagabend wurde in politischen Kreisen in London bestimmt behauptet, daß der König Macdonald habe informieren lassen, daß er nicht der Ansicht sei, daß das Land jetzt die Auflösung des Parlaments wünsche. Die Wirkung dieser Entscheidung des Königs würde sein, daß, wenn Macdonald zurücktritt, der konservative Führer und Vorgänger

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19241008/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG